

DER TAGESSPIEGEL

Atomwaffen in Deutschland

Nicht abschrecken lassen

VON STEPHAN-ANDREAS CASDORFF

Zu Protokoll geben - dieser diplomatische Sprachgebrauch zeigt, wie viel Peter Struck, der Verteidigungsminister, bei seinen Nato-Kollegen mit dem Wunsch nach Abzug der letzten noch in Deutschland lagernden Nuklearwaffen erreichen konnte. Übersetzt bedeutet das so viel wie: Schön, dass wir mal darüber gesprochen haben.

Was SPD, Grüne und die FDP stört, ist die Tatsache, dass 15 Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks immer noch rund 450 US-Atomsprenköpfe in Europa liegen. Die taktischen Atomwaffen, Bomben, sind Teil der so genannten „Nuklearen Teilhabe“, nach der Nicht-Atomstaaten wie Deutschland im Verteidigungsfall in kürzester Zeit in der Lage sein sollten, auf Weisung des US-Präsidenten eigene Tornado-Kampflugzeuge mit diesen Waffen auszurüsten.

Das Motto: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter, kann da noch immer helfen

Diese Strategie der Abschreckung hat funktioniert - und soll es weiter, das ist das Ergebnis der Sitzung der Verteidigungsminister in ihrer „Nuklearen Planungsgruppe“. Und richtig ist: Mag der Warschauer Pakt nicht mehr existieren, Deutschland von Freunden umzingelt sein, im Iran sollen nukleare Systeme mit einer Reichweite gebaut werden, die auch Deutschland erreichen können. Abschreckung nach dem Motto: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter, kann da noch immer helfen. Deshalb wird der Atomwaffenlagerung in Italien und den Niederlanden kaum widersprochen - und in der Türkei erst recht nicht. Und von Struck auch nur, „wie es sich gehört“, was auch wieder diplomatischer Sprachgebrauch war: Er setzt sich für ein Ende der Stationierung ein, aber will auch auf Wunsch des Kanzlers keinen neuen Ärger mit der Bush-Regierung provozieren. Das ist nicht nur Taktik. Denn strategisch gesehen ließe sich für den Abzug sogar womöglich wieder etwas heraushandeln. Vielleicht ein bisschen bei der iranischen Führung, mehr aber bei den Russen, die auch noch Tausende dieser Sprengköpfe lagern. Abrüstung ist noch längst nicht Geschichte. Das gehört auch ins Protokoll.

DAS klare WORT ZUM SONNTAG



„Am Ende werde ich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, wie es die Verfassung und der Amtseid gebieten“

Bundespräsident Horst Köhler zu seiner möglichen Entscheidung über die Auflösung des Bundestages.

Darüber spricht ganz ...

... Belgien

RUTH REICHSTEIN über einen entzauberten Premierminister

Eigentlich hätte sich der niederländische Premierminister Jan Peter Balkenende freuen müssen. Zauberkräfte wünscht sich schließlich jeder. Und der Den Haager Regierungschef könnte sie besonders gut gebrauchen: Das Referendum über die EU-Verfassung hat er verloren, seine Popularität ist auf 13 Prozent gesunken. Ein bisschen Sternestaub und Zaubersprüche würden ihm also gut tun. Aber der Vergleich des belgischen Außenministers Karel De Gucht gefiel dem Niederländer trotzdem nicht. De Gucht hatte Balkenende als eine „Mischung aus Harry Potter und einem anständigen Kleinbürger“ bezeichnet, an dem „keine Spur von Charisma“ zu entdecken sei.

Als „beleidigend“ bezeichnete Balkenende das Interview. Sein Außenminister lud prompt den belgischen Botschafter vor, um über die „inakzeptablen“ Aussagen zu sprechen. (Die Reaktion ist völlig übertrieben“, hieß es dagegen aus der belgischen Regierung. Die Telefone zwischen Brüssel und Den Haag liefen heiß. Erst ein intensives Gespräch zwischen den beiden Premiers Balkenende und Verhofstadt machte dem Konflikt ein Ende. Das erste Mal in der Geschichte der beiden Länder gaben ihre Regierungschefs eine gemeinsame Erklärung heraus: „Wir bedauern den Vorfall und legen ihn hiermit zu den Akten.“

Damit dürfte aber nur das akute Feuer gelöscht sein. Die Glut glimmt weiter. Denn die Abneigung zwischen Belgiern und Niederländern sitzt um einiges tiefer. Die Niederlande sind traditionell Protestanten, vor allem die Flamen in Belgien überzeugte Katholiken. Die wirtschaftliche und soziale Rivalität zwischen den beiden benachbarten Völkern besteht seit Jahrhunderten. Immer wieder streiten sich die beiden - egal, ob es um den Ausbau des Hafens von Antwerpen oder um den Irakkrieg geht. Und auch De Gucht hat sich nicht zum ersten Mal zu weit aus dem Fenster gelehnt. Im vergangenen November erzählte er auf dem Flughafen von Dar es Salaam Holländer-Witze und unterhielt damit eine europäische Delegation, die Afrika besuchte. „Der Benelux-Verbund funktioniert nicht mehr“, konstatierte der ehemalige EU-Kommissar Karel van Miert dann auch nach der jüngsten Entgleisung des Außenministers.

Da fallen die fehlenden Zauberkräfte des niederländischen Premiers besonders ins Gewicht: Erst ließ er sich eine riesige Dienstwohnung in Den Haag einrichten, was zur einer Pressekampagne gegen ihn führte. Und dann brannte die auch noch ab. Harry Potter wäre das sicherlich nicht passiert.

Jenseits von Eden“ - dieser Film fällt einem spontan zur Situation der Pflegeversicherung ein. Ja, wir sind hier jenseits von Eden und müssen ohne gravierende Änderungen im System mit einem langfristigen Defizit von 750 Milliarden Euro bei den Pflegefinanzen rechnen. Zum Vergleich: Unser gesamtes Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf rund 2,2 Billionen Euro. Bis zum Jahr 2055 türmt sich in der Pflegeversicherung also ein Fehlbetrag auf, der ein Drittel unserer gesamten Jahreswirtschaftsleistung ausmacht.

Die Gründe liegen auf der Hand: Der demographische Wandel. Die Alterung unserer Gesellschaft wird immer mehr pflegebedürftige Alte zur Folge haben. Und für die soll nach heutiger Lesart eine immer kleinere Zahl jener aufkommen, die sich heute noch in der künftigen Elternschaft, in den Geburtsstationen, in Kindergärten und Grundschulen tummeln. Jenseits von Eden - das sind wahrlich keine paradisiatischen Aussichten für diese Nachkommen, die oben drein noch für Billionen-Staatschulden einstehen sollen, für die ihre Eltern- und Großelterngeneration mit verantwortlich ist.

„Zahlengilde“ und „Horror szenarien“ nannte ein Politiker auf Anfrage einer Nachrichtenagentur unsere Berechnung. Es ist schlichte Mathematik. Nur sprengen die Additionen, die hier zugrunde liegen, die üblichen an Vier- oder Fünf-Jahres-Wahlperioden ausgerichteten Denkstrukturen vieler Politiker.

Sicher ist aber: Ohne dass wir etwas tun, kommt der „Horror“ ganz bestimmt. Nicht für uns, das heißt: die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre, sondern für deren Kinder und Enkel.

Daran ändern auch die „Reformkonzepte“ nichts, an denen beide politischen Lager arbeiten, um der agonischen Pflegeversicherung noch ein paar Jahre siechen Überlebens zu verschaffen - im Gegenteil. Sowohl mit dem Bürgerversicherungskonzept, das Andrea Nahles und Karl Lauterbach entwickeln, als auch mit dem Konzept der bayerischen Sozialministerin Christa Stewens - wenn hier auch in geringerem Umfang - drohen die Pflegefinanzen noch stärker aus dem Ruder zu laufen. Langfristig droht ein Defizit von rund einer

Wer heute 30 Jahre alt ist, hat beste Chancen, 95 zu werden

Billion Euro, also fast eine halbe Jahreswirtschaftsleistung aller Deutschen im Jahr 2004!

Warum ist das so? Vor allem auch, weil beide Lager die Leistungen der Gesetzlichen Pflegeversicherung auf die Gruppe der Demenzzkranken ausweiten wollen. Deren Zahl wird nach aller Voraussicht überproportional steigen. Absolut betrachtet steigt nach seriösen Projektionen die Zahl der Demenzzkranken, bezogen auf den Versicherungskreis der gesetzlichen Krankenversicherung, von ca. 0,97 Millionen im Jahr 2005 auf etwa 1,58 Millionen im Jahr 2030 und auf über 2,2 Millionen im Jahr 2050.

Der Grund für diesen Anstieg ist eine glücklicher Weise hoch entwickelte Medizin, die Menschen immer älter werden lässt. Wer heute 30 Jahre alt ist, hat beste Chancen, noch sein 95. Lebensjahr zu erleben, ein heute in Deutschland zur Welt gekommenes Baby kann mit großer Wahrscheinlichkeit im 22. Jahrhundert seinen 100. Geburtstag feiern.

Die Menschen werden älter, weil wir viele Leiden, die uns früher den Tod gebracht haben, jetzt erfolgreich behandeln können - zum Beispiel Krankheiten des Herz- und Kreislaufsystems.

Diese an sich erfreuliche Tatsache ist aber die Quelle, aus der sich ein immer größerer Zustrom an Demenzzkranken speist. Den altersbedingten Verlust der geistigen Kräfte können wir derzeit praktisch nicht therapieren. Und Berechnungen, mit denen wir heute künftige Belastungen derer kalkulieren, die sich noch auf Kindesbeinen bewegen, können wir nicht auf die vage Hoffnung gründen, dass wir Demenz in zehn Jahren vielleicht ebenso erfolgreich therapie-

ren können wie viele andere Alterskrankheiten.

Da diese Prognosen auch den verantwortlichen Politikern zugänglich sind, muss man leider feststellen: Die Politik weiß, was sie tut, und sie kennt auch die Folgen. Wer diese leugnet, beteiligt sich an einer unverantwortlichen Inszenierung. Wir dürfen aber nicht wissentlich untragbar hohe Kosten einer jungen Generation aufbürden, die noch nicht wissen kann, wie ihr geschieht - die weder wählen darf, noch sich sonst gegen solche Willkür wehren kann. Die Politik darf nicht länger mit Blick auf kurzfristige Wahlchancen Notreparaturen an einem irreparablen System vornehmen.

Die unbarmherzige Wahrheit ist, dass der Versuch, diese enormen Milliarden-Lasten weiter über ein Umlageverfahren zu finanzieren, scheitern wird. Weil die dann aktive Generation diese Bürde wirtschaftlich nicht tragen kann.

Wir kämen zum Beispiel beim Bürgerversicherungsmodell von Nahles und Lauterbach zu einer Verdreifachung des Beitragssatzes von heute 1,7 Prozent auf 5,1 Prozent! Nahles und Lauterbach wollen die Beitragszahlerbasis verbreitern. Das mag sehr kurzfristig mehr Geld in die Pflegekasse spülen. Doch schon auf mittlere Sicht entlarvt sich das als Milchmädchenrechnung, weil auch die zusätzlich Bürgerversicherten rapide altern, wodurch sich die Probleme der klammern Pflegekasse noch verschärfen werden.

Christa Stewens' Modell sieht vor, einen Teil der zusätzlichen

Denn sie wissen, was sie tun!

Die Demographie lässt uns keine Wahl: In der Pflege und der Gesundheit brauchen wir völlig neue Strukturen

VON BERND RAFFELHÜSCHEN



Karikatur: Klaus Stüttmann

Lasten über eine private Zusatzversicherung zu schultern. Das ist im Prinzip der bessere Weg. Doch der von ihr zusätzlich zur Umlage angepeilte monatliche private Vorsorgebeitrag von vier Euro pro Person, der sich bis 2030 auf 15,28 Euro erhöhen soll, ist viel zu niedrig angesetzt. Realistisch wäre ein Einstiegsbeitrag von mindestens acht Euro, der bis zum Jahr 2030 auf fast 50 Euro steigen müsste. Den Preis für die stärkere Kapitaldeckung zahlen allein die heute Erwerbstätigen. Die heutigen Alten hingegen bleiben ungeschoren. Und das, obwohl kein Pflegefall von heute mit Fug und Recht behaupten könnte, dass er Jahrzehnte in die Pflegeversicherung eingezahlt hätte.

Aus all dem folgt: Beide aktuell diskutierten Modelle führen zu einer moralisch und auch wirtschaftlich nicht mehr vertretbaren Belastung der jungen Generation.

Wir werden nicht zwei Millionen Demenzzkranke pflegen können

Nur, was ist in dieser Lage moralisch und vertretbar? „Wir können doch die Demenzzkranken nicht selber überlassen!“, wird man entgegenhalten. Das stimmt! Aber die Gesetzliche Pflegeversicherung ist dafür kein tauglicher Rahmen. Sie muss zusammenbrechen, und das würde genau zu dem bereits angesprochenen Ergebnis führen. Wir werden zwei Millionen Demenzzkranke nicht aus öffentlichen Systemen heraus pflegen können.

und gerecht unter den Eltern und Großeltern aufteilen.

Vor diesem Hintergrund rufe ich auf zu einer großen Koalition der ökonomischen Vernunft. Ganz sicher bringt es nichts, sozialpolitische Fragen mit generationenübergreifenden Implikationen zum Thema angeblicher „Richtungsentcheidungen“ in Berlin machen zu wollen - so wie zurzeit ein Gegensatz zwischen der so genannten Bürgerversicherung und der Kopfpauschale im Gesundheitswesen aufgemacht wird. Wer eine solche Auseinandersetzung provoziert, handelt aus meiner Sicht letztlich unsozial, weil er um einer 48-monatigen politischen Überlebenszeit willen eine Debatte anheizt, die von den wirklichen Problemen ablenkt, mehr noch: deren tief greifende Konsequenzen auf das Niveau einer tagespolitischen Frage herunter bagatellisiert, die Neuwahlen beeinflussen soll.

Der Begriff des Sozialen ist hierzulande mit Gleichheit verknüpft

Die Demographie lässt uns keine Wahl: In der Pflege und auch in der Gesundheit werden wir zu ganz neuen Strukturen kommen müssen, wenn wir auch in Zukunft angemessene Leistungen aus diesen Systemen in einem Klima des sozialen Friedens zwischen den Generationen haben wollen. Die heute aktive Generation wird in noch weit stärkerem Ausmaß als bisher für Pflege- und Gesundheitsrisiken im Alter versorgen müssen.

Verantwortungsbewusst agiert Politik dann, wenn sie der Öffentlichkeit diese Wahrheit ungeschminkt präsentiert und ihr Handeln darauf einstellt. Ich glaube sogar, dass viele Menschen das letztlich als gerecht und damit auch als sozial empfinden werden.

Der Begriff des Sozialen ist nach mehrheitlichem Verständnis hierzulande mit einem gewissen Maß an Gleichheit verknüpft. Wenn dem so ist, würde sich der Begriff Generationengerechtigkeit weitgehend mit dem Begriff der Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns decken. Denn nachhaltig wirtschaften heißt, dass Leistungen und Gegenleistungen über Generationen hinweg ausgeglichen sind.

Wir werden in Zukunft wesentlich stärker als bisher das Gebot der Subsidiarität zu achten haben. Das heißt: Wer Vermögen hat, wird dies im Pflegefall auch zu verleben haben - darin liegt auch eine Verpflichtung zur Vorsorge in guten Zeiten. Dabei ist aus meiner Sicht jedoch eine klare Grenze zu ziehen, die das Bundesverfassungsgericht in dieser Woche schärfer definiert hat: Wer Familie ernst nimmt, dem ist auch klar, dass damit gegenseitige Verantwortung verbunden ist. So müssen Kinder im Bedarfsfall auch für ihre Eltern da sein. Nur wenn die Familie eine solche Unterstützung nicht leisten kann, muss die Gemeinschaft einspringen. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die Familie eine solche Unterstützung nicht leisten kann, muss die Gemeinschaft einspringen.

Dies im Pflegefall auch zu verleben haben - darin liegt auch eine Verpflichtung zur Vorsorge in guten Zeiten. Dabei ist aus meiner Sicht jedoch eine klare Grenze zu ziehen, die das Bundesverfassungsgericht in dieser Woche schärfer definiert hat: Wer Familie ernst nimmt, dem ist auch klar, dass damit gegenseitige Verantwortung verbunden ist. So müssen Kinder im Bedarfsfall auch für ihre Eltern da sein. Nur wenn die Familie eine solche Unterstützung nicht leisten kann, muss die Gemeinschaft einspringen. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die Familie eine solche Unterstützung nicht leisten kann, muss die Gemeinschaft einspringen.

Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist und bleibt ein schwieriger Balanceakt.



Der Autor ist Professor für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie an der Universität Bergen (Norwegen). Raffelhüschen ist Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Vater von drei Kindern.